

Sozialdemokratische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Gute Arbeit und starke Wirtschaft für Berlin

ENTWURF

Kontakt: Björn Englert (b.englert@complot.com), Emanuel Wyler (emanuel.wyler@mdc-berlin.de)

Präambel	2
Gemeinsam wirtschaften und arbeiten. Neues gestalten.	2
1. Stadtentwicklung, Flächennutzung und Wirtschaft.....	3
2. Digitalisierung	4
3. Arbeitsmarkt: Mehr Inklusion, mehr Fachkräfte, zwei Geschwindigkeiten	5
4. Neue Wege gehen	5
Thesen zur sozialdemokratischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	6
A. Starke Wirtschaft in Berlin: Unsere Schwerpunkte	7
1. Industriestandort stärken.....	8
2. Kreativwirtschaft unterstützen.....	9
3. Handwerk erhalten	10
4. Tourismuswirtschaft fördern.....	11
5. Berlin braucht die KMU	11
6. Unternehmensgründungen erleichtern.....	12
7. Lokale Wirtschaft und bürgerliches Engagement	13
B. Gute Arbeit in Berlin:.....	13
1. Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen	14
2. Jugend in Ausbildung	14
3. Berlin als Stadt der guten Arbeitsbedingungen – Arbeit in der Digitalisierung	15
4. Mehr Fachkräfte und Willkommenskultur für Berlin	16
5. Frauen fördern und unterstützen, Chancengleichheit sicherstellen	17
6. Mindestlohn um- und durchsetzen	17
7. Potenziale Älterer nutzen	17
C. Wissenschaft für mehr Arbeitsplätze nutzen	18
1. Wissenschaftslandschaft Berlin für die wirtschaftliche Entwicklung nutzen.....	18
a. Wissenschaftsinstitutionen miteinander und mit der Wirtschaft vernetzen.....	18
b. Förderung des Wissens- und Technologietransfers.....	18
c. Vielfalt hochhalten.....	19
2. Gesundheitswirtschaft.....	19
3. Mobilität und Umweltschutz – Schlüsseltechnologien für eine lebenswerte Stadt.....	20

Präambel

In den letzten Jahren hat Berlin mit dem SPD-geführten Senat eine dynamische und aufregende wirtschaftliche Entwicklung erlebt. Seit 2005 wurden gut 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Stadt geschaffen. Darauf sind wir besonders stolz. Denn für uns gilt: Gute Wirtschaftspolitik muss zwar Dynamik, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit anstreben, darf aber niemals zum Selbstzweck werden. Nur wenn es uns gelingt die Zielkonflikte in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auszugleichen, schaffen wir einen sozialen Fortschritt, der den Menschen in dieser Stadt zu Gute kommt.

Wichtigste Voraussetzung dafür ist ein Klima der Vielfalt und der Offenheit für neue Branchen, Arbeits- und Unternehmensformen in der Berliner Wirtschaft. Wir wollen dieses Ziel als sozialen Konsens etablieren, gemeinsam mit dem öffentlichen Dienst, den Berliner Unternehmen, Gewerkschaften sowie mit allen Institutionen, die unsere Werte und Ziele teilen. Wir wollen, dass der öffentliche Dienst bezüglich Ausbildung, Gleichstellung, Erhalt von Knowhow und sicheren Arbeitsverhältnissen eine Vorbildfunktion in Berlin einnimmt.

Wir wollen, dass die gute Entwicklung in unseren kreativen innovativen Branchen, die mittlerweile weltweit Beachtung findet, voranschreitet. Wir wollen das Wachstum zukunftsfähiger Industrien weiterhin fördern. Wir wollen und dabei auch Berlins multizentrische, dezentrale und vielfältige Wirtschaftsstruktur sowie die vielerorts soliden Netzwerke der Kiezwirtschaft unterstützen. Dabei muss Raum bleiben für neue Arbeits- und Lebensmodelle.

Wir sind sicher, dass Berlin im Zusammenspiel mit Brandenburg die idealen Voraussetzungen dafür hat, seine Rolle als globale und moderne Metropolregion auch wirtschaftlich zu untermauern – aufgrund der besonderen Verbindung von hoher Lebensqualität, der innovativen Basis für die digitale Vernetzung der Industrie von morgen und der einzigartigen sozialen und öffentlichen Infrastruktur. Berlin kann in vielen Bereichen die Standards einer zukunftsfähigen und globalisierten sowie zugleich lebenswerten und solidarischen Stadt setzen. An den Voraussetzungen dafür haben wir als SPD mit unserer bisherigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik einen großen Anteil. Und auf dieser Grundlage wollen wir mit den Menschen in Berlin den nächsten Schritt in dieser Entwicklung gehen.

Gemeinsam wirtschaften und arbeiten. Neues gestalten.

Das Denken in Ressorts und Einzelverantwortlichkeiten bringt uns in Zukunft nicht weiter. Die Berliner SPD schaut über den Tellerand und denkt dabei disziplinenübergreifend. Stadtentwicklungspolitik, lokale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und Kultur werden von der Berliner SPD zusammengedacht. Stadtentwicklung soll die Räume für neue Ideen und das Ausprobieren zugänglich machen und sichern, lokale Wirtschaftspolitik die Gründung

und Ansiedlung von Unternehmen aus Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung unterstützen. Eine Monokultur der Spartenförderung soll es nicht geben, vielmehr will die SPD die Orte und Infrastrukturen schaffen, erhalten und schützen, an denen Neues und Nachhaltiges entsteht. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist dabei essentiell für den Standort Berlin, die reiche Kulturlandschaft gilt es zu Erhalten und in ihrer Entwicklung zu fördern. Nur wenn Berlin dauerhaft eine Kulturmetropole bleibt, werden kreative, engagierte und hochqualifizierte Menschen diese Stadt zu ihrem Lebensmittelpunkt machen, hier leben und konsumieren. Nur dann werden weitere ArbeitgeberInnen nach Berlin kommen, weil sie hier ihre qualifizierte ArbeitnehmerInnen finden. Aus diesem Kreislauf kann eine Vielzahl weiterer Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum in der Region entstehen.

1. Stadtentwicklung, Flächennutzung und Wirtschaft

Die Entwicklung der Berliner Wirtschaft ist unmittelbar an die Stadtentwicklung gekoppelt. Dies liegt insbesondere an der vorwiegend kleinteiligen Wirtschaftsstruktur und der relativ geringen Wertschöpfung. Die Preisentwicklung und die Verfügbarkeit von Räumen wird ein zentraler Faktor für die Berliner Wirtschaft und Arbeitswelt sein, Berlin hat nach wie vor sehr große Raumreserven, zugänglich durch Verdichtung oder Erschließung von Brachen. In einer wachsenden Stadt sind diese Reserven aber unter starkem Druck, einerseits durch verschiedene Nutzungen (v.a. Wohnungen, Schulen, Verkehr usw.), andererseits durch Renditeerwartungen privater Investoren. Die zukünftige Stadtentwicklungspolitik muss daher ständig abwägen, welche Flächen sie welcher Art gewerblicher Nutzung und zu welchem Preis zur Verfügung stellen kann. Die öffentliche Hand muss insbesondere die wirtschaftliche Vielfalt hochhalten, die in einem renditeorientierten freien Markt nicht möglich ist. Die SPD wird in den nächsten Jahren folgende Schwerpunkte im Auge behalten:

- Erhalt und Förderung kleiner, günstiger Gewerbeflächen bspw. für kreativwirtschaftliche und kulturelle Betriebe.
- Erschließungen für Produktionsbetriebe und Industrie

Der Campus wie Adlershof oder Berlin-Buch zeigen wie gut an solchen "Zukunftsorten" die Umsetzung wissenschaftlicher/akademischer Forschung in wirtschaftliche Wertschöpfung funktioniert. Die SPD fordert die Erschließung neuer solcher "Zukunftsorte" wie bspw. Tegel und die Sicherstellung ihrer Ausbaumöglichkeiten. Im Umfeld des Campus Charlottenburg, das zukünftige Technologie- und Gründungszentrums Südwest, vor allem „Clean Tech Park“ in Marzahn-Hellersdorf wollen wir noch erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die wirtschaftlichen Potentiale optimal auszuschöpfen.

Darüber hinaus sollen in Zusammenarbeit mit Brandenburg und den benachbarten Landkreisen geeignete Flächen außerhalb Berlins verkehrstechnisch erschlossen und wirtschaftlich genutzt werden.

2. Digitalisierung

Die Digitalisierung wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger. Dies gilt insbesondere für die Industrie. Von Hightech in der Industrie bis zur shared economy und der App für jeden Lebensbereich: Digitalisierung und Vernetzung durchdringen zunehmend den Alltag. Die SPD entwickelt die Antworten für die neuen Fragen, die sich hieraus ergeben. Hierbei wird die SPD insbesondere in drei Feldern aktiv:

- Den Wandel der Arbeits- und Lebenswelt durch die Digitalisierung will die SPD sozial gestalten und dafür sorgen, dass die Digitalisierung eine Chance und keine Gefahr darstellt.
- Verhinderung von Mißbrauch und sozialschädlichen Fehlentwicklungen
- Digitalisierung der Berliner Verwaltung

Die Digitalisierung hat aber auch das Potenzial, die Wirtschaft und insbesondere den Dienstleistungsbereich, sowie den Wissenschaftsbetrieb grundlegend zu verändern. E-Commerce-Firmen wie Zalando, Lieferdienste aller Art, Sharing-Plattformen wie Airbnb werden immer dominanter, die neuen digitalen Lehrmethoden werden unsere Universitäten in der Zukunft einem neuen Wettbewerb aussetzen. Wie die Entwicklung in den nächsten Jahren aussieht, ist schwer abzuschätzen. Es ist aber absehbar, dass Berlin sich als Standort und Experimentierfeld für die Digitalisierung entwickeln wird. Wir werden die Entwicklung aktiv begleiten und im Falle negativer Auswüchse einschreiten.

Unsere Leitziele sind dabei:

- 1) Die Schaffung und Erhaltung guter Arbeit
- 2) Modernisierung und Weiterentwicklung des Datenschutzes und des Schutzes von Persönlichkeitsrechten
- 3) Technischer Fortschritt soll dem Menschen nutzen, darf ihn aber nicht ausnutzen

Die Smart-City-Strategie des Senates ist ein wichtiger Schritt hin zu einer effizienteren, ökologischeren, inklusiveren und technologisch fortschrittlichen Stadt. Die SPD will diese langfristig angelegte, ressortübergreifende Strategie nutzen, um die anstehenden Probleme Berlins zu lösen. Mit über 300 Forschungsgruppen und forschenden Unternehmen im Thema sowie einer dynamischen Startup-Szene ist hierfür Berlin einer guten Ausgangslage. Gleichzeitig gilt es, die Anwendung neuer Technologien kritisch zu hinterfragen und für eine größtmögliche Beteiligung der Bevölkerung bei der Weiterentwicklung zu sorgen. Berlin braucht eine zukunfts- und wettbewerbsfähige Industrie und Dienstleistungslandschaft. Die Berliner SPD wird hierzu die notwendige Infrastruktur schaffen. Dazu gehört ein flächendeckender Zugang zu Breitband- und Mobilnetzen, der Zugang zu Fachkräften durch Ausbildung und Zuwanderung sowie eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung, die mit der Digitalisierung und den entsprechenden Anforderungen umgehen kann.

3. Arbeitsmarkt: Mehr Inklusion, mehr Fachkräfte, zwei Geschwindigkeiten

Arbeit ist die Grundlage für persönliche Entwicklung, soziale Teilhabe und Quelle für gesellschaftlichen Wohlstand und Wohlergehen. Wir erleben einen hohen Zuzug von vielen gut qualifizierten Menschen, die unsere Stadt bereichern. Die Arbeitslosigkeit geht in Berlin kontinuierlich zurück, insbesondere bei jungen Menschen und den langzeitarbeitslosen Berlinerinnen und Berlinern. Damit haben wir die Kehrtwende geschafft und verstetigen können. Es bleibt aber weiterhin viel zu tun.

Beim Zugang zum Arbeitsmarkt gibt es viele gruppenspezifische Hürden. Die Politik kann insbesondere in der Schulbildung, den Jobcentern und bei der Kinderbetreuung wichtige Beiträge zu mehr Inklusion leisten.

Im bundesdeutschen Vergleich ist es eine Besonderheit des Berliner Arbeitsmarktes, dass es auf der einen Seite einen hohen Anteil Langzeitarbeitslose gibt, viele Menschen mit prekären Jobs und schlechter Ausbildung, die entsprechend in prekären Verhältnissen leben. Auf der anderen Seite gibt es im Bereich Internetwirtschaft, Kommunikation, Forschung, Entwicklung, Medien eine schnelle Entwicklung, die gut ausgebildete und gut bezahlte Menschen aus ganz Deutschland und dem Ausland anzieht. Die Berliner Politik muss beide Bereiche gleichermaßen berücksichtigen und insbesondere darauf achten, dass diese Situation nicht zu sozialen Spannungen führt.

Einerseits gilt es, Menschen die keine Arbeit finden bestmöglich zu unterstützen. Andererseits wollen wir etwaige Hürden auf Unternehmensseite abbauen und die Angebote „passfähiger“ machen. Hierbei sollte hinterfragt werden, inwiefern bestehende Arbeitsmarktprogramme mit den Bedarfen der Unternehmen übereinstimmen und die Betroffenen auf eine neue Tätigkeit in der Arbeitswelt auch optimal vorbereiten. Wir plädieren daher für eine regelmäßige enge Abstimmung der beiden Ressorts Wirtschaft und Arbeit im zukünftigen Senat.

4. Neue Wege gehen

In einer Zeit, in der tradierte Geschäftsmodelle durch den Megatrend der Digitalisierung unter Druck geraten, brauchen wir eine Kultur des Probierens und Scheiterns. In der Wirtschaft wie in der Politik ist es wesentlich, aus Fehlern zu lernen. Niemand kann die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen durch die Digitalisierung vorhersehen. Umso mehr brauchen wir engagierte Menschen, die sich an neuen Geschäftsmodellen versuchen und mit der Gründung eigener Unternehmen neue Wege beschreiten. Wir wollen, dass diese Menschen ihre Ideen frei von Existenzangst in der Berliner Wirtschaft entwickeln und testen können und damit letztlich auch neue Arbeitsplätze schaffen. Die Berliner SPD unterstützt daher eine lebhafte Gründerkultur und den aktiven Austausch von Forschung und Unternehmenspraxis am Wissenschaftsstandort Berlin. Wir unterstützen diese Menschen beim Start in die Selbstständigkeit, bei der

Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Einhaltung sozialer Mindeststandards. Wir wissen, dass nicht jede Idee zum Erfolg führt und fördern eine starke Gesellschaft, die Gescheiterte auffängt und aufnimmt. Zugleich fordern wir auch von den jungen Unternehmen die konsequente Einhaltung sozialer Mindeststandards und deren konsequente Durchsetzung – Scheinselbstständigkeiten und erzwungene Selbstständigkeiten (wie bspw. den Missbrauch von Werkverträgen) werden wir bekämpfen.

Thesen zur sozialdemokratischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

- Vielfalt der Branchen, Arbeits- und Unternehmensformen ist die zentrale Stärke der Berliner Wirtschaft. Diese Vielfalt zu fördern und aufrechtzuerhalten ist das oberste strategische Ziel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Berliner SPD.
- Der Verlauf der Stadtentwicklung (verfügbare Räume, Mieten, Infrastruktur) ist der wichtigste, von der Berliner Politik direkt beeinflussbare Faktor für die Entwicklung der Berliner Wirtschaft.
- Die Umwälzung von Wirtschaft und Arbeit durch die Digitalisierung ist im vollen Gange. Die Politik muss jetzt aktiv mitgestalten, damit die Digitalisierung zu mehr Lebensqualität, Gerechtigkeit, Teilhabe und Freiheit führt.
- Ein starker Arbeitsmarkt ist ein inklusiver Arbeitsmarkt. Wenn Junge wie Alte, Ungelernte genauso wie Hochqualifizierte, Ausländer wie Deutsche, Männer wie Frauen, mit Behinderungen oder ohne, gleichermaßen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, ist Menschen und Unternehmen in Berlin am besten geholfen.
- Kultur des Probierens und Scheiterns: In der Wirtschaft wie in der Politik ist es wesentlich, aus Fehlern zu lernen. Probieren und Scheitern ist deswegen kein Makel, sondern zentral für ein dynamisches Berlin.
- „Industrie 4.0“ darf für Berlin nicht nur ein Schlagwort sein. Die Berliner SPD setzt sich für die Einrichtung von Anwendungszentren für Industrie 4.0 ein und wird den Dialog von Wissenschaft und Wirtschaft aktiv unterstützen. Die Berliner SPD wird hierzu ein Wirtschaftscluster Industrie 4.0 einrichten und in Zusammenarbeit mit dem Bund Förderprogramme für die Entwicklung und Forschung von Industrie 4.0-Technologien sowie zur Förderung neuer Geschäftsmodelle und Unternehmensgründungen am Standort Berlin auflegen
- Die SPD fordert, dass alle Teile der Senatsverwaltung, die sich mit der Kreativwirtschaft befassen, durch die Senatskanzlei koordiniert werden. Die vorhandenen und so gebündelten Ressourcen sollen ergänzt werden durch eine/n Kreativwirtschaftsbeauftragte/n. Ziel dieser Neuordnung ist es, erstens den

Belangen der Kreativwirtschaft in den zahlreichen sie betreffenden Politikfeldern Nachdruck zu verleihen, bspw. in der Liegenschaftspolitik über die Vertretung der Senatskanzlei im Portfolioausschuss. Zweitens sollen damit politische Ziele in die Branche hineingetragen werden. Hierbei ist vor allem die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mittels eines "Pakt für gute Arbeit" zu nennen.

- Der Tourismus ist wirtschaftlich genauso wichtig wie für die Ausstrahlung und Attraktivität der Stadt. Sei es im Bereich Tourismusförderung, Messen, Stadtentwicklung, Kulturangebot, die Attraktivität Berlins für Besucherinnen und Besucher aus aller Welt genießt eine hohe Priorität für die SPD Berlin.
- Die KMUs machen Berlin zu einem äußerst innovativen, dynamischen und flexiblen Wirtschaftsstandort. Mit direkten Ansprechpartner in der Verwaltung, Vereinfachung von Regulierungen sowie zugänglichen und effizienten Förderinstrumenten will die SPD Berlins KMUs unterstützen.
- Unternehmensgründungen tragen wesentlich zur Dynamik der Berliner Wirtschaft bei. Günstige Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen sind daher wesentlich.
- Die SPD wird langzeitarbeitslose Menschen nicht zurücklassen. Wir legen deshalb einen Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik auf die Befähigung und Unterstützung langzeitarbeitsloser Menschen.
- Die SPD wird alles daran setzen, dass alle Jugendlichen in Berlin einen Berufsabschluss machen können.
- Eine schnelle und einfache Integration ausländischer Arbeitskräfte hilft allen.
- Die Wissenschaftslandschaft in Berlin ist gleichermaßen vielfältig und exzellent. Die SPD wird daran arbeiten, dass die öffentliche Hand dazu beiträgt dieses Potenzial in wirtschaftliche Entwicklung umzusetzen. Zwei Schwerpunkte sind die Gesundheitswirtschaft/Biotechnologie/Pharma sowie Umweltschutz und umweltfreundliche Mobilität (green economy).

A. Starke Wirtschaft in Berlin: Unsere Schwerpunkte

Unsere Clusterpolitik ist der richtige Weg. Ziel ist es, die fünf definierten Cluster Gesundheitswirtschaft, Verkehr und Mobilität, Logistik, Kultur und Kreativwirtschaft, Energietechnik, Optik, Mikrosystemtechnik für die darin aktiven Unternehmen unterstützend einzusetzen. Wir werden unsere Clusterpolitik dabei kontinuierlich verbessern. Auch hier gilt: wir schauen über den Tellerand, denken und handeln dabei ressortübergreifend. Wir werden ein weiteres Cluster "Green Economy" einrichten.

1. Industriestandort stärken

Die Berliner Industrie hat in den zurückliegenden zehn Jahren den Strukturwandel erfolgreich vollzogen und ein überdurchschnittliches Wachstum der Produktivität erreicht. Damit einher ging ein stetig wachsender Exportanteil an den Umsätzen der Berliner Industrie. Stark ist Berlin bei Unternehmensgründungen, auch im Bereich des verarbeitenden Gewerbes – über 1300 Unternehmen bei einem Bestand von rund 7000 Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe wurden allein im Jahr 2013 neu gegründet.

Die Berliner Industrielandschaft ist durch eine Vielzahl sehr kleiner Unternehmen geprägt, während Betriebe mit über tausend Beschäftigten schnell aufzuzählen sind (Siemens, Bayer, Mercedes, BMW und einige weitere). Die Zahl der Industriebeschäftigten ist nahezu konstant geblieben. Die industrielle Wertschöpfung liegt mit einem Anteil von 9 % nach wie vor weit unter dem Bundesdurchschnitt. Auch im Vergleich mit anderen dienstleistungsorientierten Metropolen und europäischen Hauptstädten ist die industrielle Basis Berlins noch immer zu dünn.

Die Berliner Politik hat mit dem Masterplan Industrie, dem Steuerungskreis Industriepolitik beim Regierenden Bürgermeister, der Industriekampagne „Wir in Berlin ...“, mit Dialogforen und Veranstaltungen wie der „Langen Nacht der Industrie“ eine Menge getan, um den Stellenwert der Industrie in Berlin wieder deutlicher hervorzuheben, und mit konkreten Maßnahmen und Projekten Unterstützung zu geben. In diesem Zusammenhang ist auch der Beschluss zur industrieorientierten Nachnutzung des Flughafens Tegel und der Aufbau der Agentur für Elektromobilität zu nennen.

Als Berliner SPD setzen wir uns für eine Revitalisierung des Masterplans und eine stärkere Umsetzung auf Arbeitsebene ein. Hierzu soll der Steuerungskreis das zentrale Gremium sein, in dem einzelne Maßnahmen koordiniert, evaluiert und – in Abstimmung mit den Bezirken – diskutiert werden. In den Verwaltungen auf Bezirks- und Landesebene sollen die Mitarbeiter stärker für die Belange der Privatwirtschaft und Industrie sensibilisiert werden – v.a. durch regelmäßige Unternehmensbesuche.

Entscheidend für den Industriestandort Berlin ist die Frage der personellen Ressourcen - und dies sowohl vor dem Hintergrund der Fachkräftesituation für die Unternehmen als auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt und der hier lebenden Menschen. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hat gleich zu Beginn seiner Amtszeit den Begriff „Stadt der Arbeit“ in den Mittelpunkt gerückt. Gerade im Bereich der Industrie wird es auf mehr Ausbildungsplätze, aber auch Weiterqualifizierung der vorhandenen Arbeitslosen ankommen. Insbesondere die in Berlin überdurchschnittlich hohe Zahl an Jugendlichen ohne Schul- oder Berufsabschluss stellt uns vor die Aufgabe, das sog. „Übergangssystem“ zu verbessern. Die geplante Jugendberufsagentur ist hierfür ein wichtiger Schritt.

„Industrie 4.0“ darf für Berlin nicht nur ein Schlagwort sein. Seit einiger Zeit wird die Stadt zu Recht als „Digitale Hauptstadt“ bezeichnet. Unternehmen aus diesem Bereich

werden hier in erheblich größerem Umfang gegründet als in jeder anderen deutschen Stadt. Besondere Chancen eröffnen sich hieraus für den Maschinen- und Anlagenbau, das Handwerk, den Handel, produktionsnahe Dienstleistungen und die Softwareentwicklung. Die enge Zusammenarbeit der „digitalen Gründerszene“ mit jungen „Hardware“-Unternehmen eröffnet die Chance neue Technologien zur Anwendung zu bringen und diese von Berlin aus in Produktionsprozesse zu bringen. Berlins exzellente Forschungslandschaft mit ihren Hochschulen und zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen bietet hierfür beste Voraussetzungen. Dies gilt insbesondere für die Energieeffizienz, wo einzelne Berliner Unternehmen bereits erhebliche Expertise besitzen. Hier gilt es Pilotanwendungen zu fördern, die nicht nur neuen Techniken zur Marktreife verhelfen und beim Markteintritt unterstützen, sondern der Berliner Industriebetrieben einen weiteren Produktivitätsschub geben. Aus den Entwicklungen und Möglichkeiten der Digitalisierung erwachsen Chancen für die Profilierung des Standortes Berlin als Wirtschafts- und Forschungsstandort der Industrie 4.0. Die Berliner SPD setzt sich für die Einrichtung von Anwendungszentren für Industrie 4.0 ein und wird den Dialog von Wissenschaft und Wirtschaft aktiv unterstützen. Die Berliner SPD wird hierzu ein Wirtschaftscluster Industrie 4.0 einrichten und in Zusammenarbeit mit dem Bund Förderprogramme für die Entwicklung und Forschung von Industrie 4.0-Technologien sowie zur Förderung neuer Geschäftsmodelle und Unternehmensgründungen am Standort Berlin auflegen. Als Beispiel können hier die erfolgreichen Cross-Innovation-Projekte aus der Kreativwirtschaft dienen.

Die Berliner Industrie - im Zusammenspiel mit der lebendigen Kreativ- und Gründerszene der Stadt kann Berlin zur führenden Region für zukunftsweisende Technologien machen und damit auch auf internationalen Märkten wachsen. Dazu kann die öffentliche Hand mit ihrem Auftrag der Daseinsvorsorge für eine wachsende Stadt zum Teil einer aktiven Industriepolitik werden, indem gezielte Investitionsprogramme z.B. in den Bereichen Energie(-effizienz), Ressourcenmanagement/innovatives Bauen, (Elektro-)Mobilität, Gesundheit aufgelegt werden.

2. Kreativwirtschaft unterstützen

Die Kreativwirtschaft ist einer der am stärksten wachsenden Bereiche in Berlin. Bei der Umsetzung des Clustermodells werden wir die Interessen der jeweiligen Teilbranchen gleichermaßen berücksichtigen und der zunehmenden Verflechtung von IKT –und Internetwirtschaft Rechnung tragen. Auch wollen wir die Unternehmen stärker in die Steuerung, Strategiefindung und – Weiterentwicklung des Clusters einbeziehen.

Die SPD fordert, dass alle Teile der Senatsverwaltung, die sich mit der Kreativwirtschaft befassen, durch die Senatskanzlei koordiniert werden. Die vorhandenen und so

gebündelten Ressourcen sollen ergänzt werden durch eine/n Kreativwirtschaftsbeauftragte/n. Ziel dieser Neuordnung ist es, erstens den Belangen der Kreativwirtschaft in den zahlreichen sie betreffenden Politikfeldern Nachdruck zu verleihen, bspw. in der Liegenschaftspolitik über die Vertretung der Senatskanzlei im Portfolioausschuss. Zweitens sollen damit politische Ziele in die Branche hineingetragen werden. Hierbei ist vor allem die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mittels eines "Pakt für gute Arbeit" zu nennen.

Wir werden darauf hinwirken, dass Unternehmen aus der Kreativwirtschaft geeignete Flächen und Räume finden können. Wir werden Modelle für die Zwischennutzung brachliegender innerstädtischer Immobilien weiter entwickeln.

3. Handwerk erhalten

Dem Berliner Handwerk geht es gut. 30.600 Handwerksbetriebe bedeuten gut 185.000 Arbeitsplätze und mehr als 10.000 Ausbildungsplätze. Das Berliner Handwerk mit seinen leistungsfähigen Innungen ist ein wichtiger Partner und Innovationstreiber für den Wirtschaftsstandort Berlin. Mit dem „Aktionsprogramm Handwerk 2015 - 2017“ haben der Berliner Senat und das Berliner Handwerk ihre intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fortgesetzt. Gemeinsam sollen konkrete Maßnahmen umgesetzt, innovative Lösungen angeregt und begleitet sowie das Image des Berliner Handwerks in der Öffentlichkeit weiter gestärkt werden. So sollen Fachkräfte gewonnen und gebunden werden, die die Stadt dringend braucht. Wir werden dieses Programm konsequent umsetzen und fortschreiben.

Eine wichtige Stütze für die gesunde Entwicklung des Handwerks besteht in Investitionen der öffentlichen Hand. Hiermit kann Berlin nicht nur seinen Standort attraktiv halten und zugleich die Innovationen „made in Berlin“ ausprobieren, sondern auch das Handwerk fördern und Arbeitsplätze erhalten. Beispiele hierfür sind Investitionen ins Breitbandinternet, in Smart-City-Konzepte oder die altersgerechte Sanierung von Sozialwohnung im Rahmen von Ambient Assisted Living (AAL) etc.

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Kammern und Verbänden wollen wir jungen Menschen und v.a. Frauen den Zugang zum Handwerk ermöglichen. Ein dichtes Netz an lokalen Handwerksbetrieben und Dienstleistern bildet eine stabile und antifragile Wirtschaftsbasis für Berlin und stellt zunehmend für die Online-Anbieter eine wertvolle Ergänzung ihrer Dienstleistungsangebote dar. Dazu setzt sich die SPD Berlin für faire Wettbewerbsbedingungen bei (öffentlichen) Ausschreibungen und in Subauftragnehmerverhältnissen ein. Die SPD will die Umsetzung guter Arbeit in den Handwerksbetrieben und Generalauftragnehmerstrukturen.

4. Tourismuswirtschaft fördern

Tourismus ist ein wichtiges Handlungsfeld für Berliner Wirtschaftspolitik. Mit jährlich zuletzt 28,7 Millionen Übernachtungen nimmt seine Bedeutung für Berlin stetig zu. Der Tourismus ist ein Job-Motor und ein Garant für Internationalität und Weltoffenheit unserer Stadt. Das bisherige Engagement für eine kooperative und effiziente Tourismusförderung muss gemeinsam mit "visitBerlin" weiter geführt werden. Um die wirtschaftlichen und kulturellen Potentiale gezielt entfalten zu können, soll ein Standortentwicklungskonzept (STEP) Tourismus erstellt werden. Dieses soll Grundlage für die planungsrechtliche Sicherung touristischer und kultureller Infrastruktur unter Berücksichtigung von Bürgerbelangen aufzeigen, um den Bedürfnissen von Bürgern und Touristen gleichermaßen Rechnung zu tragen. Einnahmen aus der "City Tax" sollen sowohl den Aktivitäten des Senats als auch den bezirklichen Projekten im Bereich Kultur, Sport und Tourismus zugutekommen. Besonders attraktiv für Berlin ist der Messe- und Kongresstourismus. Der Berliner Messestandort muss dringend ausgebaut werden, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können. Für die Anwerbung von Messen und Veranstaltungen gilt es vor allem, die Kongress-Fazilitäten auszubauen. Die Wiedernutzung des weltweit bekannten ICC Berlin ist dabei von zentraler Bedeutung, um ruhende Potentiale auszuschöpfen. Das Gebäude soll neben dem Fokus als Kongresszentrum ebenfalls Hotelflächen bereitstellen. Für diesen Umbau sollen Konzepte privater Investoren ebenfalls in Betracht gezogen werden.

5. Berlin braucht die KMU

Die Berliner Wirtschaftslandschaft ist geprägt durch viele – erfolgreiche – kleine und mittlere Unternehmen (KMUs). Die kleinteilige Wirtschaftsstruktur unseres Standortes hat den Vorteil, dass Berlin ein äußerst innovativer, dynamischer und flexibler Wirtschaftsstandort ist, der sich im Laufe der letzten Jahre in vielen Branchen einen Namen machen konnte. Die Strategie des Senats im Bereich der "Zukunftsorte" oder der Kompetenzfeldstrategie hat einen großen Teil zu der Erfolgsgeschichte des Standorts beigetragen. Wir wollen dieses Wachstum und diese Erfolgsgeschichte weiterschreiben und setzen uns deshalb dafür ein, die bisherigen Maßnahmen klug an die neuen Herausforderungen unseres Standorts anzupassen. Wir wollen erreichen, dass besonders innovative Unternehmen in der Wachstumsphase hier am Standort bleibe, attraktiver für Kapital aus der ganzen Welt werden und zu globalen Branchenführern mit Sitz in Berlin werden. Dafür müssen wir ihnen auch besseren Zugang zu Wagnis-Kapital verschaffen. Das Land Berlin setzt sich auf Bundes und EU Ebene für eine wachstumsfreundliche Regulierung (z.B. beim Thema Crowdfunding) ein. Damit garantieren wir auch, dass die Wertschöpfungsketten am Standort vertieft werden und die Investitionsquoten erhöht werden.

Wir wollen Partner der Berliner KMUs sein, um sie bei der Planung sowie der Implementierung einer professionalisierten Personalentwicklungsstrategie zu unterstützen. Dies ist notwendig, weil kleineren Unternehmen häufig nicht die gleichen Ressourcen zur Verfügung haben. Nur wenn wir die hiesigen Fachkräfte auf die sich wandelnde Arbeitswelt vorbereiten, werden wir auf lange Sicht den Bestand halten, die Produkte von morgen herstellen können. Dabei lassen sich über eine umfassende Strategie auch Frauen und Migranten in Berlin fördern.

Mit dem Unternehmensservice verfügt Berlin seit 2010 über ein funktionierendes Kooperationsmodell zwischen der Landes- und Bezirksebene in der Wirtschaftsförderung, das sich messbar bewährt hat und nachhaltig Erfolge für den Wirtschaftsstandort erzielen konnte. Die Zusammenarbeit der beteiligten Wirtschaftsförder-Institutionen (Berlin Partner, SenWTF, Bezirke, IBB, IHK etc.) konnte damit im Sinne eines One-Stop-Agency-Ansatzes vertieft werden. Insbesondere die KMU profitieren von dem integrativen Ansatz der Wirtschaftsförderung und direkten Ansprechpartner in den Bezirken. Aus Sicht der Berliner SPD ist dieses Modell der „kurzen Wege“ für Unternehmen weiterhin zu stärken und zu prüfen, inwiefern dieses in der nächsten Legislaturperiode mit zusätzlichen Ressourcen bei Berlin Partner als zentral koordinierender Institution ausgestattet werden kann. Es gilt, die bereits heute in den Bezirken und auf Landesebene praktizierten „best-practices“ zu sammeln und diese in einem nächsten Schritt zum verbindlichen Standard für ganz Berlin zu machen – mit einem Anreizsystem, das das Erreichen der best-practice-Standards für die Bezirke lohnend macht.

Neben der Überprüfung der Förderrichtlinien machen wir uns dafür stark, Antragsverfahren gerade für KMU zu erleichtern und die Abwicklung von Förderprogrammen zu erleichtern. Hierbei regen wir an, insbesondere das Programm zur „Förderung von Forschung, Innovationen und Technologien“ (ProFIT) der IBB im Austausch mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden (u.a. der IHK) zu evaluieren.“

Wir werden im Zuge der neuen EU-Förderperiode die dort vorgesehenen Förderinstrumente gezielt einsetzen und für Berlin nutzbar machen. Dazu gehört es für uns auch, die Administration für die Mittelnehmer wesentlich zu vereinfachen und die Verwaltung der Programme von landesseite zu beschleunigen.

6. Unternehmensgründungen erleichtern

Wir sind zu einer der Gründungsmetropolen Europas geworden. Diesen Trend gilt es zu festigen. Hierzu gehört u.a. die Gewährleistung bezahlbarer Flächen mit guter Infrastruktur, Verkehrsanbindung sowie mit guten Vernetzungsmöglichkeiten (z.B. Synergien mit Gründerzentren bzw. mit Bildungs-und Wissenschaftseinrichtungen und Nachbarschaftsunternehmen). Hierzu gehört aber auch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Schwerpunkte der Start-ups bei der Planung von zukünftigen

Ansiedlungsflächen (Zukunftsorte) sowie ausreichende Räumlichkeiten für Startups in der Vorgründungsphase und die langfristige Sicherung der Meistergründungsprämie. Das Ergreifen eigener privater Initiative zur Verbesserung des sozialen und wirtschaftlichen Wohlstandes gehört als Ausprägung der Solidarität zu den Kernelementen der Sozialdemokratie und ermöglicht den sozialen Aufstieg sowohl für die Gründerinnen und Gründer wie auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Berlin verfügt schon heute über gute Voraussetzung für ein solches Startup-Ökosystem. Die Hochschuldichte, die zahlreichen Forschungszentren, das umfassende Kulturangebot und eine gute Infrastruktur sind wichtige Bedingungen dafür. Die SPD setzt sich zum Ziel, dieses zu fördern und weiter auszubauen.

Zudem soll sich auch die Verwaltung gegenüber der Innovation öffnen und Schnittstellen schaffen, sodass ein Technologietransfer von der Wirtschaft in die Verwaltung stattfinden kann. Gerade im infrastrukturellen Bereich existieren viele innovative Unternehmen, die sich zum Ziel gesetzt haben, grundsätzliche Probleme der Stadt zu lösen. Aber auch Open-Data-Bestrebungen sollen Eingang in die Berliner Verwaltung finden.

Wo dies auf Landesebene möglich und notwendig ist, sollen insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen für Crowdfunding verbessert werden. Zudem soll Crowdfunding fester Bestandteil von Förderprogrammen bspw. von Unis oder der IBB werden. Die Berliner SPD plädiert darüber hinaus für eine engere Verzahnung der Start-Up-Unit (Teil von Berlin Partner) mit dem Unternehmensservice unter dem Dach von Berlin Partner, unter enger Einbeziehung der IHK und IBB.

7. Lokale Wirtschaft und bürgerliches Engagement

Die SPD setzt sich für den dauerhaften Dialog von lokalem Handel, AnwohnerInnen und Genehmigungsbehörden ein; die SPD versucht dabei den Spagat, ruhiges Wohnen und zugleich lebendige und wirtschaftlich kräftige Kieze zu erhalten und weiterzuentwickeln. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement zur Entwicklung der Kieze sind zu fördern und durch die Institutionen gezielt zu unterstützen. Eine große und engagierte Zivilgesellschaft soll Verantwortung für ihr soziales und wirtschaftliches Umfeld wahrnehmen und unterstützt durch die Politik umsetzen können. Die SPD ist offen für neue Ideen, die aus digitalen und realen Lebenswelten neues und ökologisches Wirtschaften entwickeln.

B. Gute Arbeit in Berlin:

Unsere Ziele von BerlinArbeit wollen wir weiter verfolgen. Unser Fokus liegt bei der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. Die Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nach den Prinzipien von „Guter Arbeit“ ist weiterhin unser übergreifendes Ziel.

1. Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen

Auch langzeitarbeitslose Menschen mit mehreren so genannten Vermittlungshemmnissen werden wir nicht zurücklassen. Wir legen deshalb den zweiten Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik auf die Befähigung und Unterstützung langzeitarbeitsloser Menschen. Beschäftigungsmaßnahmen und sozial flankierende Leistungen bündeln wir mit Coaching- und Qualifizierungsangeboten zu einem effektiven Aktivierungsinstrument. Mit diesem Schwerpunkt ist Berlin bundesweites Vorbild.

In einer länderübergreifenden Initiative haben wir die Weichen für eine bundesweite Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung gelegt. Durch Bundesratsinitiativen wollen wir beim Bund diese systematische Umsetzung des Abbaus der Langzeitarbeitslosigkeit bundesweit erreichen, um das arbeitsmarktpolitische Handeln so effektiv wie möglich zusammen zu führen. An diesem Schwerpunkt wollen wir festhalten und dank der Verbesserung bundesweiter Rahmenbedingungen unser Angebot noch zielgerichteter auf die Aktivierung und Befähigung langzeitarbeitsloser Menschen ausbauen. Hierbei werden wir mit den Jobcentern eng zusammenarbeiten. Ausbildung und Qualifizierung muss Priorität haben, dafür muss das Geld bereitgestellt werden.

2. Jugend in Ausbildung

Berufsperspektive für junge Menschen

Berlin hat einen hohen Bedarf an intensiver Beratung und Betreuung von Jugendlichen. Die überdurchschnittliche hohe Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in Metropolen hat tiefgreifende Konsequenzen und Folgen – für die Gesellschaft, für die Betroffenen wie auch für den Arbeitsmarkt. Wir haben es geschafft, die Quote der arbeitslosen Jugendlichen in Berlin um über ein Viertel zu reduzieren.

Besonders schwierig bleibt aber die Situation für Jugendliche ohne Berufsabschluss, denn durch ihre historische Rolle sind in Berlin von 1.3 Millionen Arbeitsplätzen nur rund 150.000 für „ungelernte Beschäftigte“. Unter den arbeitslosen Jugendlichen haben fast die Hälfte keinen Berufsabschluss. Ausbildung und Qualifizierung sind deshalb die effektivsten Maßnahmen um Jugendliche ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Perspektivlosigkeit darf es nicht geben. Wir müssen den Jugendlichen Wege aufzeichnen, die in eine erstrebenswerte Zukunft führen.

Das Problem der Ausbildungsabbrüche müssen wir verstärkt angehen. Dabei werden wir die Defizite bei den Jugendlichen durch ausbildungsbegleitende Hilfen beseitigen sowie die strukturellen Mängel bei den Ausbildungsbedingungen thematisieren.

Mit Garantie zum Berufsabschluss

Die Angebote für die Berufs- und Studienorientierung wollen wir noch näher an die Lebensbedarfe junger Menschen anpassen. Ein Berufsabschluss für Jugendliche ein zentraler Faktor ihres Lebensweges. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass möglichst kein

junger Mensch mehr ohne Ausbildung bleibt. Gute Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen zu schaffen, ist die vorrangige Aufgabe der Wirtschaft. Der Bedarf an Fachkräften ist enorm hoch. Deshalb werden wir handeln. Mit der Verbundausbildung unterstützen wir Betriebe auf dem Weg zum Ausbildungsbetrieb. Durch die „Assistierte Ausbildung“ der Arbeitsagentur stärken wir die berufliche Ausbildung. Die duale Ausbildung ist ein System der betriebsnahen Ausbildung und trägt dazu bei die Chancen auf einen Arbeitsplatz zu verbessern, deshalb brauchen wir mehr Berliner Unternehmen, die ausbilden. Die Ausbildungsplatzabgabe darf kein Tabuthema sein und sollte in Erwägung gezogen werden. Der Öffentliche Dienst soll zusätzlich mit einer Ausbildungs-offensive eine Grundlage für seine Zukunft schaffen. Wir wollen allen Jugendlichen - egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund - eine berufliche Erstausbildung garantieren. Wer auf dem Weg hängen bleibt, wird aufgefangen.

Mit der Jugendberufsagentur haben wir die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen an der Wurzel angepackt. Einmal dort angekommen erhalten junge Menschen zielgenaue Beratung, Unterstützung und Betreuung vereint unter einem Dach - und aus einer Hand alle Leistungsangebote für einen gelungenen Übergang von der Schule in das Berufsleben. Wer noch unversorgt ist, erhält eine gezielte und zeitnahe Ansprache. Erst mit einem erfolgreichen Berufsabschluss oder -einstieg ist die Arbeit abgeschlossen. Keinen Tag früher. So geht uns künftig kein Jugendlicher oder Jugendliche mehr verloren. Unsere Aufgabe ist es, dass den jungen Menschen in ganz Berlin einheitliche Unterstützungsangebote in gleichen Standards zur Verfügung stehen und darf nicht von der Prioritätensetzung des jeweiligen Bezirks abhängen. Junge Menschen mit Behinderung müssen ein besonderes Schwerpunktthema in der Berufsorientierung sein. Hierbei muss unser besonderes Augenmerk liegen um sie in das Berufsleben eingliedern zu können.

3. Berlin als Stadt der guten Arbeitsbedingungen – Arbeit in der Digitalisierung

In Zeiten der Digitalisierung der Arbeitswelt müssen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verteidigt werden. Flexibilisierung und unsichere/kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu. Krasse Negativbeispiele sind Uber, das sämtliche Risiken auf die FahrerInnen abwälzt, oder Mikrojobs wie bei der Amazon-Plattform "Mechanical Turks", die mit einigen Cent Entlohnung zu Stundenlöhnen von deutlich unter 8,50€ führen. Die Digitalisierung kann aber auch zu mehr Freiheit und besseren Arbeitsbedingungen führen, wenn die Menschen selber bestimmen können wann und wo sie arbeiten. Die Entwicklung der digitalisierten Arbeitswelt zu gestalten, ist eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre.

Um diese neue digitale Arbeitswelt zu gestalten brauchen alle Teilnehmer, auch Solo-Selbständige und kleinste KMUs, fairen Zugang zu modernen digitalen Arbeitsmitteln. Damit sie gerechte Chancen in der digitalen Arbeitswelt haben und teilhaben können.

Im Vordergrund stehen für die SPD folgende Punkte:

- Anpassung der Sozialversicherungen an die neuen Gelegenheiten des Arbeitsmarktes.
- Interessenvertretung iSv gewerkschaftlicher Organisation für "neue Selbstständige" und flexibel/kurzfristig Beschäftigte.

Da die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion hat, wollen wir im Rahmen der Beteiligungsunternehmen, in den Institutionen der Wissenschaft, der Träger der Öffentlichen Dienstes und in den sozialen Diensten im Rahmen des Berliner Vergabegesetzes und der Arbeitsschutzbehörden darauf hinwirken, dass gute Lohnentwicklung, Mitbestimmung, gute Arbeitsbedingungen und eine faire Arbeitszeit gewährleistet werden. Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat dabei oberste Priorität. Gerade Beschäftigte im Niedriglohnbereich sind von der Vernachlässigung des Arbeitsschutzes am häufigsten betroffen. Im Bereich der prekären Beschäftigung und Minijobs wollen wir mit weit umfangreicheren Kontrollen die Einhaltung guter Arbeitsbedingungen sowie der Gesundheit der Beschäftigten sicherstellen. Lücken im Arbeitsschutzgesetz werden wir beseitigen.

4. Mehr Fachkräfte und Willkommenskultur für Berlin

Bestehende Strukturen und Instrumente, dieses Fachkräftenreservoir für die Berliner Industrie zu sichern und als Wachstumstreiber zu nutzen, wie insbesondere der Career Service und die Existenzgründungsförderung an den Hochschulen sowie das Programm Forschungsassistent(inn)en, sind daher zu sichern, auszubauen und verstärkt mit der Industriepolitik der Stadt zu verzahnen.

Berlin ist eine begehrte Stadt. Gerade im Ausland wird Berlin als Ort wahrgenommen, in dem man gerne wohnt und arbeitet. Diese Chance wollen wir nutzen. So erreichen wir, dass mehr Fachkräfte sich hier ansiedeln und mehr Unternehmen gegründet werden. Hierfür ist eine Kultur wichtig, die den Menschen, die zu uns kommen signalisiert, dass sie bei uns willkommen sind. Dazu gehören Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen, die mehrere Sprachen sprechen, dazu gehört eine kundenfreundliche, transparente Beratungsstruktur, aber auch Fortbildungsmaßnahmen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz. In einem Willkommenszentrum müssen die bereits vorhandene Expertise und die Beratungsangebote eingebunden und veröffentlicht werden. So bieten wir ein für alle zugängliches gesamtstädtisches Angebot.

Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist ein wichtiger Schritt zur Gewinnung von Fachkräften. Wir werden die Umsetzung des Gesetzes über die Anerkennung

ausländischer Berufe weiter kritisch begleiten und prüfen, ob die Regelungen geeignet sind, qualifizierte Menschen in den Berufsalltag zu integrieren.

Die Einstellung ausländischer Fachkräfte darf nicht an der fehlenden Arbeitserlaubnis scheitern. Wir werden uns auf Bundesebene um die Änderung entsprechender gesetzlicher Regelungen einsetzen. Damit die Verfahren zügig bearbeitet werden, muss die Ausländerbehörde personell verstärkt werden.

5. Frauen fördern und unterstützen, Chancengleichheit sicherstellen

In Berlin leben viele gut ausgebildete Frauen, die daran gehindert sind, entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt zu werden. Dadurch fehlen wichtige Fachkräfte in unserer Stadt. Wir werden die bereits existierenden Unterstützungsmaßnahmen bündeln und so kommunizieren, dass jede Frau bei Interesse eine passgenaue Unterstützung erhält.

Berlin liegt an der Spitze bei Berufung von weiblichen Professuren in Forschung und Lehre. Dies liegt zum einen an der sehr guten Kooperation zwischen Politik und Wissenschaft im Sinne der Frauenförderung, zum anderen an dem Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit. Dies gilt es auszubauen, damit in Zukunft mehr Frauen sich für eine Professur in Berlin entscheiden. Wir werden unser Ziel einer paritätischen Besetzung von Hochschulgremien wie auch für mehr weibliche Präsidenten an den Hochschulen konsequent verfolgen.

6. Mindestlohn um- und durchsetzen

Mit dem Landesmindestlohngesetz und dem Berliner Vergabegesetz konnten wir durchsetzen, dass bei öffentlichen Unternehmen und Tochterunternehmen sowie Auftragnehmern von öffentlichen Aufträgen die Grundlagen von „Guter Arbeit“ eingehalten und kein Lohn unter 8,50 Euro gezahlt wird. Diesen Mindestlohn wollen wir regelmäßig prüfen und angemessen erhöhen. Die SPD hat nun durchgesetzt, dass 2015 der gesetzliche Mindestlohn bundesweit in Kraft getreten ist und damit die Ausbeutung von Beschäftigten kein Unternehmensmodell mehr darstellt. Mit Auslaufen von Übergangsfristen ab 2017 wollen wir sicherstellen, dass kein/e Arbeitsuchende/r mehr auf einen Arbeitsplatz unterhalb des Mindestlohns verwiesen wird. Wir wollen den Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Beschäftigten in Berlin gewährleisten und zuwider handeln in Zusammenarbeit mit dem Bund bekämpfen.

7. Potenziale Älterer nutzen

Berufliches Wissen und Erfahrungen sind für uns genauso viel wert, wie körperliche Leistungsfähigkeit. Die Sicherstellung alters- und altersgerechter Arbeitsplätze sind die zukünftige Herausforderung unserer Stadt. Deshalb müssen Arbeitsbedingungen geschaffen werden, dass die Menschen länger leistungsfähig bleiben können. Wir wollen dafür Sorge tragen, das Potenzial von älteren Menschen in unserer Stadt besser zu

würdigen und im Berufsleben einzusetzen. Das heißt aber nicht, sie frühzeitig aus dem Berufsleben zu entlassen und sie nachher als Rentner/in in einem Minijob zu beschäftigen weil ihre Rente nicht ausreicht zum Leben!

C. Wissenschaft für mehr Arbeitsplätze nutzen

1. Wissenschaftslandschaft Berlin für die wirtschaftliche Entwicklung nutzen

Die Wissenschaft spielt in der Entwicklung Berlins, insbesondere der Wirtschaft, eine große Rolle, beispielsweise die Arbeit der Fraunhofer-Institute zu Smart City. Einerseits bewegen sich große Teile der Berliner Wirtschaft in Branchen der Teile mit hoher Spezialisierung und Technologisierung, die entsprechend viel Wissen und Forschung bedarf. Andererseits ist die Berliner Wissenschaftslandschaft äußerst weitläufig und vielfältig. Es gilt, die richtigen Voraussetzungen zu schaffen, dass Forschungsergebnisse in allen Disziplinen in Arbeitsplätze und Wertschöpfung umgesetzt werden können. Dafür ist eine enge Verzahnung von Forschung und Wirtschaft notwendig. Durch die Forschungsdichte, -vielfalt und – exzellenz in Berlin liegen in der institutionenübergreifenden Kooperation große Chancen. Die Förderung des Wissenstransfers von (akademischer) Forschung in wirtschaftliche Entwicklung darf aber keinesfalls auf Kosten der Wissenschaftsfreiheit und derjenigen Wissenschaftsdisziplinen gehen, deren Ergebnisse nicht unmittelbar zu finanzieller Wertschöpfung führen können.

Folgende drei Bereiche sind zentral:

a. Wissenschaftsinstitutionen miteinander und mit der Wirtschaft vernetzen

Mit der Gründung des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung (BIG), einer Kooperation von Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin und Charité – Universitätsmedizin Berlin wurde eine beispielhafte Forschungskoooperation geschaffen. So schaffen wir hervorragende Standortbedingungen für Hochtechnologieunternehmen. Dachorganisationen wie das BIG sollen auch ein Forum für den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sein. Eine stärkere Beteiligung der in Berlin ansässigen Unternehmen bspw. in den Aufsichtsräten ist anzustreben.

b. Förderung des Wissens- und Technologietransfers

Ein wichtiger Schritt ist getan: In den Hochschulverträgen wurde das Ziel aufgenommen, die Kooperation mit der Wirtschaft, Career Services und Gründerzentren weiter auszubauen. Es fehlen aber immer noch konkrete Anreizmechanismen, den Wissens- und Technologietransfer als dritte Säule neben Forschung und Lehre zu etablieren.

Technologietransfer kann effizient nur mit nachhaltigen verstetigten Strukturen an den Hochschulen gelingen. Auch wurde durch die Fusion von Berlin Partner und TSB Innovationsagentur ein einheitlicher Ansprechpartner geschaffen. Dieses Prinzip muss auch in den Senatsverwaltungen für Bildung Jugend und Wissenschaft sowie Wirtschaft Technologie und Forschung gelten. Wir werden prüfen, ob eine Förderung des Instituts für angewandte Forschung (IFAF) ausgebaut werden sollte und die Innovationsassistenten als sinnvolles Förderinstrument ausgebaut werden. Auch werden wir prüfen, ob die Arbeit der Transfer-Allianz aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wieder intensiviert werden kann. So können konkrete Projekte rund um den Wissens- und Technologietransfer angeschoben und Kooperationen von Berliner Forschungseinrichtungen und Unternehmen intensiviert werden. Dazu gehört auch eine Stärkung des B!gründet-Netzwerkes. Damit B!gründet Angebote des Bundes für Berlin nutzbar machen kann, z.B. im internationalen Wettbewerb der Gründungshubs, müssen die Berliner Hochschulen B!gründet professionalisieren. Dazu bedarf es auch eines finanziellen Engagements des Senats.

c. Vielfalt hochhalten

Der Schwerpunkt der translationalen Forschung in Berlin liegt im biomedizinischen Bereich, was durch die Stärke der Forschung in diesem Bereich bedingt ist, durch die Vielzahl der Biotech- und Pharmaunternehmen sowie die Clusterstrategie des Senates. Auch hier gilt es, Vielfalt zu ermöglichen und Initiativen und den Wissenstransfer zu Unternehmen in allen Wissenschaftsdisziplinen, insbesondere auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften zu fördern.

2. Gesundheitswirtschaft

Gesundheitswirtschaft ist und bleibt für Berlin eine Kernbranche, die neben der wirtschaftlichen Bedeutung für die Region über innovative Versorgungsangebote auch direkt mit den Bürgern verbunden ist.

Um diese Kernbranche für die Zukunft zu sichern muss sich die Region intensiv der Herausforderung "Fachkräftemangel" stellen. Der "Metropolenbonus" hilft in der Konkurrenz um Nachwuchskräfte - er alleine wird jedoch nicht reichen den Herausforderungen für Versorgung, Forschung und Wirtschaft zu begegnen.

Der demografische Wandel zwingt Akteure weltweit zu Versorgungsinnovationen insbesondere im Bereich Pflege. Die Hauptstadtregion kann hier in Zusammenarbeit mit Brandenburg Lösungen mit internationaler Ausstrahlung entwickeln. Innovationen in diesem Bereich – vor allem auch technische Lösungen (AAL) - werden in Kooperation mit den Kostenträgern in Ihrer Erprobung, Evaluation und Implementation gefördert.

Zu den Kernkompetenzen der Vernetzung- und Austauschplattformen (HealthCapital, BioTOP, medtecnet ...) gehört, neue Wertschöpfungsketten zu finden, zu entwickeln und zu verstärken, Forschungsinnovationen zu initiieren und Markteinführungen zu

unterstützen. Deren Aktivitäten müssen noch intensiv mit der Senatspolitik verflochten werden um die Region noch stärker als Marke auftreten zu lassen.

3. Mobilität und Umweltschutz – Schlüsseltechnologien für eine lebenswerte Stadt

Umweltschutz und insbesondere umweltfreundliche Mobilität sind zentral für eine hohe städtische Lebensqualität. Wir werden daher ein weiteres Cluster Green Economy einrichten. Die bisherigen Errungenschaften werden wir stadtweit unterstützen, indem wir z.B. alle Bereiche in die Förderstrukturen aufnehmen und freiwilliges Engagement der Wirtschaft für Energie und Umwelt weiter würdigen. Wir werden Initiativen für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen. Wir wollen Leuchtturmprojekte in der Stadt starten und hierfür das Quartiers – und Projektmanagement der Standorte einbeziehen.

Beim Thema Mobilität hat Berlin beste Voraussetzungen um sich im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu behaupten. Wir werden die Elektromobilität weiter vorantreiben, indem wir den Bereich über die Phase der Testregionen zu einem Forschungs- und Produktionsareal entwickeln. Dazu müssen Forschungs- und Entwicklungseinheiten in Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen systematisch miteinander vernetzt und an gemeinsamen Standorten angesiedelt werden. Um diese Kompetenz der Region dauerhaft glaubwürdig präsentieren zu können, müssen aber auch die zukunftsweisenden Technologien konsequent zur Anwendung kommen. Die Anforderungen in den Ausschreibungen der Verkehrsanbieter müssen dementsprechend ausgestaltet werden.

Unser Ziel ist es auch die Akzeptanz von Fahrzeugen mit umweltfreundlichen Antriebstechnologien durch verkehrsplanerische bzw. rechtliche Möglichkeiten zu fördern (z.B. kostenlose Parkplätze in Parkraumbewirtschaftungszonen, bzw. Park-and-ride Plätze mit Ladeinfrastruktur). Der öffentliche Nahverkehr und Alternativen zum Individualverkehr, v.a. dem Auto sollen gefördert werden. Wir wollen niemanden das Auto verbieten, freuen uns aber über alle, die mit uns nach Alternativen suchen, diese entwickeln und in Berlin ausprobieren wollen. Dabei unterstützt die Berliner SPD Sharing-Konzepte und Ideen, die zu einer ressourcenschonenden Mobilität beitragen. Berlin ist der Markt für künftige Mobilitätskonzepte – das wollen wir ausbauen.

Außerdem werden wir die Projekte, Branchenschwerpunkte und Zukunftsstandorte in einer gemeinsamen Initiative für den Wirtschaftsstandort Berlin auf Messen und Kongressen präsentieren um so für dieses Zukunftsfeld nach außen sichtbar zu werden.